

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A large, thick red arrow that starts from the bottom left of the "AfD" text and points diagonally upwards and to the right, ending near the top right of the "D".

EWG statt EU

Der Dexit-Beschluss der AfD ist richtig. Nicht Euro und EU, sondern Freihandel und Binnenfreizügigkeit erhalten Frieden und Wohlstand in Europa.

Am 10. April 2021 fasste der AfD-Bundesparteitag in Dresden mit sehr großer Mehrheit eine lange absehbare und folgerichtige Entscheidung, die zugleich als historisch bezeichnet werden kann.

Die wichtigsten Behauptungen der Kritiker werden in Form einer „Q&A“-Liste auf ihren Wahrheitsgehalt hin geprüft (hier 6 von 16 Punkten angeschnitten – unten im Link die Vollversion):

1. Ist die Gründung einer großen neuen rechten Fraktion im Europaparlament erfolgt?

Nein.

2. Ist ein Erfolg der kommenden Fraktionsverhandlungen mit all diesen Parteien absehbar?

Nein.

3. Sind bislang nicht unterzeichnende Parteien / EUP-Gruppen von den kommenden Verhandlungen ausgeschlossen?

Nein.

4. Ist der Dexit-Beschluss der AfD schuld, dass die AfD nicht mitzeichnen durfte?

Nein.

5. Kann die AfD etwas tun, um doch noch mitzumachen?

Ja.

6. Will die AfD mit Deutschland ohne EU in kriegerische, national-chauvinistische Zeiten zurück?

Natürlich nicht

Fazit und persönlicher Nachsatz

Mut zur Wahrheit. Es hilft nichts: Am Ende werden Euro und EU zusammenbrechen – völlig egal, ob die AfD heute den Dexit fordert oder nicht. Doch die Frage ist, von welcher Fallhöhe aus Deutschland dann fallen wird. Diese steigt superschnell um mehrere Hundert Milliarden Euro pro Jahr. Auch unsere Freiheitsrechte sind durch die EU immer mehr bedroht oder bereits abgeschafft. Darum ist ein Ausstieg VOR dem EU-Ende besser als ein taktisches Zuwarten.

Es war der informierte Wille der Dresdner Versammlung, die EU-Mitgliedschaft um buchstäblich „jeden Preis“ und auf deutsche Kosten zu beenden oder jedenfalls dieses Ende als größte Oppositionspartei in Deutschland endlich einmal glaubhaft anzudrohen, mit der logischen und realistischen Alternativoption einer (neuen) EWG, die sich bis 1993 bestens bewährt hatte.

Detaillierte Ausarbeitung: <https://www.pboehringer.de/ewg-statt-eu/>

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Vorsitzender im Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied:

- Haushaltsausschuss
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

<https://t.me/pboehringer>

peter.boehringer@bundestag.de

www.pboehringer.de

[/Peter.BoehringerCom](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom)

[/pboehringer](https://www.instagram.com/pboehringer)



Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Stellv. Mitglied

- Verteidigungsausschuss

- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ peter.felser@bundestag.de

🐦 @PeterFelser

📘 /peterfelserafd

🌐 www.peterfelser.de

Deutschland muss wieder krisenfest werden!

Liebe Freunde,

Teile Deutschlands befinden sich im Ausnahmezustand. Was das Hochwasser angerichtet hat, lässt sich nur noch als Katastrophe bezeichnen. Häuser und Wohnungen, die Familien seit Jahrzehnten ein Zuhause waren, wurden weggerissen und in nur wenigen Tagen zerstört. Manche verloren sogar noch mehr. Über 150 Menschen starben in den Fluten. Den Betroffenen der Flutkatastrophe gilt nun die Unterstützung der ganzen Nation. Es muss gerettet werden, was noch zu retten ist. Aber eines ist auch klar: es muss geklärt werden, wie es überhaupt so weit kommen konnte und vor allem, wer die Verantwortung trägt!

Erste Hinweise gibt es bereits: Hannah Cloke, Hydrologin und Mitbegründerin des European Flood Awareness System (EFAS) sieht ein massives Versagen auf der Seite von Behörden und Medien. Die Menschen seien nicht ausreichend gewarnt worden. Und tatsächlich, betrachtet man die Berichterstattung des Rundfunks in den letzten Tagen, erkennt man die ganze Größe des Skandals. ARD meldet am 13. Juli lapidar, dass „Unwetterwarnungen bestehen“, das Heute-Journal sagte „kräftigen Dauerregen“ voraus. Selbst am 14. Juli spricht das Journal noch von „ergiebigem Regen“. Dabei war da die Naturka-

tastrophe schon längst im Gange! Ein Totalversagen der Nachrichtenkanäle.

Dabei stellte ich erst 2019 eine kleine Anfrage bezüglich der Strategie des Bundes, wie dieser plant „die Bevölkerung [...] auf mögliche Krisenfälle vorzubereiten (Drucksache 19/8006). Der Umgang mit der Flutkatastrophe beweist nun, der Bund hat keine Antwort darauf. Deutschland ist auf eine Krisensituation nicht vorbereitet.

Wer jetzt außerdem das Hochwasser mit dem Klimawandel verknüpft, lügt! Auch ein CO₂ Ausstoß von 0%, hätte diese Katastrophe nicht verhindert. Die Ursachen für das Ausmaß sind anderswo zu finden: Rückbau von Sirenen, Flussbegradigungen, Fehlen von Drainagevorrichtungen, zu viel Bebauung und Bodenversiegelungen. Das sind aber alles Konsequenzen von schlechter Politik. Diese Katastrophe hätte verhindert werden können. Aber nicht durch weniger CO₂, sondern durch vorrausschauende und krisenbewusste Planung. Das muss dem Bürger vermittelt werden. Deutschland muss wieder krisenfest werden! Dafür kämpft die AfD.

Erleichterung beim Häuserwahlkampf für Oppositionsparteien kommt doch nicht

„Never let a good crisis go to waste“, lasse eine gute Krise nie ungenutzt. Dieses Zitat wird Winston Churchill zugeschrieben, könnte aber auch von den Protagonisten der jetzt, im Rahmen der Folgen der Extremwetterereignisse in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern betriebenen Instrumentalisierung der Katastrophe stammen. Die Toten waren noch nicht gezählt, da posaunten die Laschets, Söders, Lauterbachs, Baerböcks, Dreyers und Merckels der Republik in das Klimahorn, dass nun aber doch endlich mehr getan werden muss und die CO₂-Abgabe wohl noch zu niedrig ist.

Abseits der Unappetitlichkeit solcher Politisierung im Angesicht des Unglücks haben diese Politikdarsteller nur in einem einzigen Punkt recht, der Rest ist verquaste Pseudowissenschaft.

Dieser Punkt in dem selbst der ahnungsloseste aus dieser Politikerriege recht hat ist, dass endlich etwas getan werden muss, aber nicht das was diese Herrschaften wollen.

Getan werden muss endlich etwas in der Anpassung an die tatsächlich stattfindenden Wandel des Klimas. Es ist egal, ob für eine Erwärmung, für einen Starkregen oder für ein Hochwasser der Mensch ganz, zum Teil oder gar nicht Schuld ist. Diese Ereignisse haben immer schon existiert und werden immer

existieren. Daher muß man sich dagegen wappnen.

Leider wurde im Rahmen der Klimahysterie suggeriert, der Mensch könne unter großen Kraftanstrengungen das Klima langfristig, gezielt manipulieren und damit schlimme Wetterphänomene vermeiden. Dies ist nicht der Fall, es ist nicht im Rahmen des menschlich mach- und beherrschbaren.

Vernachlässigt wurden im Sog dieser Diskussion die nötigen Anpassungsmaßnahmen. Anpassungen die seit Jahrhunderten, wenn nicht Jahrtausenden von allen Menschen weltweit betrieben wurden um sich, das eigene Leben und die eigene Existenz an eine sich wandelnde Umgebung anzupassen.

Oder wussten Sie, dass für nur ca. 9 Milliarden Euro alle Meerdeiche in Deutschland jahrhunderfest gemacht werden können und das sogar für die pessimistischen Prognosen der Klimahysteriker? Das wären nur ca. 4 Monate der EEG Umlage im Jahr, die uns die teuersten Strompreise der Welt beschert hat, etwas CO₂ vermieden hat, aber bisher keinen meß- oder abschätzbaren Einfluß auf das globale Klima erreicht hat.

Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

YouTube /RainerKraftAfD

Facebook /dr.rainer.kraft

Twitter @Dr_Rainer_Kraft

www www.rainer-kraft-mdb.de

Vier Jahre im Parlament der NATO – eine kritische Bilanz

Die **Parlamentarische Versammlung** der NATO (NATO PV) umfasst 266 Abgeordnete aus den Parlamenten der 29 NATO-Staaten und Delegierte aus weiteren 12 assoziierten Staaten (u.a. auch die Ukraine), die in einer jährlichen Frühjahrs- und Herbsttagung zusammenkommen. Auch der NATO-Generalsekretär ist anwesend und stellt sich den Fragen der Parlamentarier. In diesem Gremium, dass sich als ein wichtiges Forum im Sicherheitsbereich etabliert hat, bin ich seit vier Jahren als Abgeordneter der AfD aktiv.

Für mich war und ist die NATO der Eckpfeiler der westlichen Sicherheitsarchitektur. Als Verteidigungsbündnis von Staaten mit gleichen Sicherheitsinteressen hat die NATO erheblichen Anteil an der Beendigung des Kalten Krieges vor 30 Jahren. Was sich damals allerdings kaum jemand vorstellen konnte, ist eingetreten: An die Stelle des vermeintlich beendeten Ost-West-Konflikts sind neue Bedrohungen getreten, die sich in religiös begründeten „Heiligen Kriegen“, ethnischen Auseinandersetzungen, hybrider Kriegsführung und Cyberwar entladen. Eine neue Macht, China, strebt nach Weltgeltung und stellt die sichergeglaubte Vorrangstellung der USA in Frage.

Statt sich angesichts dieser Gemengelage auf den Zweck des Bündnisses zu

besinnen, den Mitgliedsstaaten Schutz und Sicherheit zu gewährleisten, habe ich in den letzten 4 Jahren erlebt, wie die NATO mehr und mehr ihre ureigene Aufgabe überschreitet und sich zu einem **politischen Verbund** entwickelt, der **mit zweierlei Maß** misst. Während einerseits Russland mit Feindprojektionen überzogen wird, anstatt das Land in die westliche Sicherheitsarchitektur einzubinden, wird andererseits die Türkei als NATO-Partner, ungeachtet des völkerrechtswidrigen Einmarsches in Nordsyrien und der offenen militärischen Unterstützung in Libyen und Aserbaidschan, mit Samthandschuhen angefasst.

Mir erschließt sich auch nicht, welche Bedeutung ausgerechnet für ein Verteidigungsbündnis „Zeitgeistthemen“ wie gendergerechte Sprache und Gleichstellung, CO₂-Ausstoß von Streitkräften oder Förderung demokratischer Widerstandskraft haben.

Viel wichtiger wäre es, jetzt tragfähige Antworten für unsere Sicherheit zu finden, die auch 2050 noch Bestand haben und dazu die Sicherheitsinteressen von neuen und alten Großmächten genau zu analysieren, zu respektieren und in das System kollektiver Sicherheit und Rüstungskontrolle einzubinden. Dafür werde ich mich weiter in der NATO PV einsetzen.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

Stellvertretendes Mitglied:

- Haushaltsausschuss



/GeroldOttenAfD



@gerold_otten



/gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de



/t.me/MdB_Otten

Erleichterung beim Häuserwahlkampf für Oppositionsparteien kommt doch nicht

Beinahe hätte die Merkel-Regierung zum Abschied noch einmal etwas Sinnvolles getan. Jeder Wahlkämpfer kennt die Aufkleber an Briefkästen: Keine Werbung, keine Zeitschriften. Je nach Gegend steht man so bei 80% der potentiellen Wählerkontakte vor dem Problem, ob man nun seine Flyer hineinschmeißen darf oder nicht. Ist Parteiwerbung denn das gleiche wie das Lidl-Prospekt? Natürlich nicht, und das sah dieses Frühjahr auch ein Gesetzentwurf der Regierungsfractionen im Bundestag so. Es sollte neben anderen kleineren Änderungen im Wahlrecht klargestellt werden, dass in einer „heißen Wahlkampfphase“ diese Werbe-Verbots-Vermerke nicht automatisch für Parteiwerbung mitgelten. Bisher sahen befassende Gerichte das nämlich unterschiedlich, tendenziell zum Nachteil der Parteien. Der AfDler vor Ort ging also immer ins Risiko. Auch wenn die bisher bekannten Fälle einer Eskalation verschwindend bis nicht existent sind, wenn eben doch einmal ein Flyer hineingerutscht sein sollte.

Das Gesetz kam in den Bundestag zur ersten Lesung. Danach ging es planmäßig in die Ausschüsse. Dann passierte etwas vollkommen Untypisches: Union und SPD, die ja zusammen stets die Mehrheit hätten, brachten das Wahlgesetz nicht mehr auf die Tagesordnung,

ließen es bewusst verfallen zum Ende der Legislatur.

Man hat wohl doch noch überschlagen, dass gerade das freie Flyern den kleineren, bzw. nicht so finanzstarken Parteien – also der AfD – von Nutzen sein wird. Und es kann schließlich nicht sein, was nicht sein darf!

Die Parteien wären im Wahlkampf durch Klarstellungen allgemein gestärkt worden, und damit die Demokratie. Das freie Flyern in der Wahlkampfphase als wichtigster veränderter Inhalt halte ich weiterhin für verfassungsmäßig geboten. Ein AfD-Flyer ist kein Ramschprospekt! Damit verabschiedet sich die Regierung Merkel dann doch wieder mit der bekannten Realität der „Demokratie-Sedierung“. Bezeichnend.

Tobias Matthias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Stellv. Vorsitzender
 - Unterausschuss Europarecht
- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
 - Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform
 - Sonderausschuss Corona

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Scheuklappen herunter: E-Autos nicht CO₂-frei!

Der Studie von 171 renommierten Wissenschaftlern ist es zu verdanken, dass das Märchen vom sauberen Elektrofahrzeug endlich aufgeklärt wird. Die bisher im Umlauf befindlichen CO₂-Zahlen spiegeln ein Einsparpotenzial vor, das schlicht nicht existiert. Hintergrund ist ein elementarer Berechnungsfehler bei der Stromversorgung der E-Autos.

Dennoch arbeiten EU-Kommission und Bundesregierung damit und verschärfen stetig den Druck gegen Diesel und Benzin. Spätestens 2035 soll kein Verbrenner mehr vom Band rollen. Viele wollen diesen Zeitpunkt sogar noch früher. Wer aber offen für neue Technologien ist, wird dem Verbrennungsmotor auch nach 2035 eine Chance geben – auf der Basis synthetischer Kraftstoffe. Und wer offen für unterschiedliche wissenschaftliche Standpunkte ist, wird auch weiterhin die CO₂-Klima-These hinterfragen.

Das Papier von Professor Koch und Kollegen legt nun die naive und ideologisch gefärbte Schönrechnerei aus Brüssel schonungslos offen. Während die EU-Berechnungen von einem durchschnittlichen Energiemix ausgehen, muss man realistischerweise die stark schwankende Versorgung mit „grüner“ Energie berücksichtigen. Immer dann, wenn Sonne und Wind nicht

liefern, müssten die E-Autos mit Strom aus fossiler Energie geladen werden, was unweigerlich zu einer deutlich schlechteren CO₂-Bilanz im Lebenszyklus eines E-Fahrzeugs führt.

Es wird Zeit, dass die EU-Kommission endlich die ideologischen Scheuklappen abnimmt und technologieoffen agiert, wie es die AfD-Fraktion fordert – Stichwort synthetische Kraftstoffe! Doch ist Technologieoffenheit überhaupt in Berlin oder Brüssel gewünscht? Bisher kaum! Die politische Lenkung durch Auflagen und Verbote wird weiter verschärft. Für viele wird Autofahren unerschwinglich werden, viele Arbeitsplätze werden verschwinden.

Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie erhöht sich der Druck auf die zum Maß aller Dinge erhobene CO₂-Bilanz nur noch weiter. Die Bürger haben dann in letzter Konsequenz den Schaden. Wir erleben gerade die ersten Vorboten der Öko- und Klima-Rezession, die die 20er Jahre in Deutschland prägen wird, wenn sich die grüne Scheuklappen-Politik nicht schnellstens ändert!



Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Untersuchungsausschuss PKW-Maut
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /w.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**